

Schriftführer/in:

Frau Ziegenbein, Heike, Büro Stvv

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
24. November 2010
- 3 Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde
Vorlage: 10/SVV/0538
Fraktion DIE LINKE
- 4 Bürgerhaushalt
 - 4.1 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 09/SVV/0536
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
alle OBR
 - 4.2 Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes
Vorlage: 10/SVV/0861
Gruppe Die Andere
 - 4.3 Bürgerhaushalt weiterentwickeln
Vorlage: 10/SVV/0865
Fraktion SPD
 - 4.4 Bürgerhaushalt Potsdam
Neuaufgabe Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0887
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter
für Zentrale Steuerung und Service
mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90
 - 4.5 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
Vorlage: 10/SVV/0920
auch alle Ortsbeiräte
- 5 Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen
Vorlage: 10/SVV/1014
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1 Berichterstattung zum Verkauf der Wohnblöcke in der Karl-Liebnecht-Straße
OT Golm
Beschluss: DS 10/SVV/0424

- 6.2 Berichterstattung über die Zusammenlegung/Einschränkung von Parkraumzonen in der Innenstadt
- 6.3 Bericht bezüglich der Standgebühren für Schausteller auf dem Areal Lustgarten
- 6.4 Informationen über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2009 (Wohnungsmarktbericht 2009)
Vorlage: 10/SVV/0844
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 6.5 Schiffbauergasse stärken/Schinkelhalle in die Ausschreibung integrieren -gem. DS 10/SVV/0724
- 6.6 Jahres-Verträge mit Kammerakademie, Nikolaisaal und Musikfestspiele 2010 - 2012 (gem. Beschluss 09/SVV/0887)
- 7 Sonstiges
- 12 Genehmigung außer- und überplanmäßiger Aufwendungen / Auszahlungen für die Bewirtschaftung des Sportparks Luftschiffhafen 2010
Vorlage: 10/SVV/1022
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24. November 2010

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 9 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor,

- die als Tischvorlage ausgereichte DS 10/SVV/1022, Genehmigung außer- und überplanmäßiger Aufwendungen / Auszahlungen für die Bewirtschaftung des Sportparks Luftschiffhafen 2010, sowie

- das von der Fraktion FDP beantragte Thema - Schiffbauergasse stärken/Schinkelhalle in die Ausschreibung integrieren (gem. DS 10/SVV/0724), und
- das von der Fraktion CDU/ANW beantragte Thema: 3G11 aufzunehmen.

Im Weiteren merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass er zu folgenden Themen unter dem TOP „Sonstiges“ Informationen wünsche:

- Kaufhalle „Schilfhof“
- Vertrag „freiland“
- Haushaltsrechnung 2009 und Haushaltsentwurf 2011
- Turnhalle Grundschule „Am Griebnitzsee“
- Zusätzliche Kosten für den Landtagsneubau

Frau Dr. Müller schließt sich dem an und benennt als Thema:

- die auslaufende Betriebserlaubnis für den Archiv e.V.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 40. Sitzung des Hauptausschusses vom 24. November 2010 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 3 **Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde** **Vorlage: 10/SVV/0538**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister informiert eingangs über den Sachstand bezüglich des Standortes des Gemeindehauses und die im Ergebnis der Gespräche offenen Probleme. So akzeptiere die russisch-orthodoxe Gemeinde zwar die Berechnungen für die Erbpacht, da jedoch noch keine konkrete Summe bekannt sei, wolle sie vor einer Entscheidung das Wertgutachten abwarten. Einigkeit bestehe darin, den Weg eines Erbpachtvertrages zu gehen. Dem vorliegenden Erbpachtvertrag für das Teehaus konnten die kirchlichen Instanzen bzw. Gremien noch nicht zustimmen, weil detaillierte Unterlagen für eine Entscheidung fehlten. Bis Januar 2011 solle das Wertgutachten vorliegen und der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Absprachen insgesamt sollen in einen Rahmenvertrag eingebettet werden. Er empfiehlt, den vorliegenden Antrag zurückzuziehen oder zurückzustellen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass die finanziellen Belastungen bekannt gewesen seien und der Oberbürgermeister in der letzten Hauptausschusssitzung sehr optimistisch gewesen sei und die Ergebnisse des Gesprächs bereits vor der Stadtverordnetenversammlung am 01.12.2010 kundtun wollte. Er wolle wissen, wo die Entscheidungsmöglichkeiten der Stadt liegen, welche Spielräume die Stadt, z. B. bei der Höhe der Erbpacht habe und inwieweit die Stadt bereit sei, die vorhandenen Möglichkeiten auszuloten. Er wolle insbesondere dafür werben, diese möglichst weitgehend auszuschöpfen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Stadt den kommunalaufsichtlichen Vorgaben unterliege und er das Wertgutachten abwarten wolle. Erst dann zeige

sich die eine oder andere „Stellschraube“. Letztlich gehe es darum, zum einen den Interessen der russisch-orthodoxen Gemeinde entgegenzukommen und zum anderen kommunalaufsichtliche Probleme zu vermeiden. Die Vorlage werde vorbereitet und auf dieser Grundlage könne dann beraten werden.

Im Ergebnis der Diskussion stellt Herr Dr. Scharfenberg namens seiner Fraktion den Antrag bis zur Klärung der offenen Fragen **zurück**.

zu 4 Bürgerhaushalt

zu 4.1 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts

Vorlage: 09/SVV/0536

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
alle OBR

Der Oberbürgermeister empfiehlt, dem Votum des Ausschusses für Finanzen zu folgen und den Antrag in die Lenkungsgruppe zu überweisen.

Frau Dr. Müller verweist auf die bereits erfolgte Beratung dieses Antrags in der Hauptausschusssitzung am 25.11.2009. Hier sei von einer Präzisierung bzw. der Alternative in Form von „Kiezvorschlägen“ die Rede gewesen, die für die Diskussion des Bürgerhaushalts 2011 aufzunehmen seien. So richtig scheine man mit dem Thema aber nicht weitergekommen zu sein.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass nun noch weitere Anträge zum Thema Bürgerhaushalt dazugekommen seien, die alle in der Lenkungsgruppe und danach noch einmal im Hauptausschuss beraten werden sollten. Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller legt der Oberbürgermeister eine erneute Behandlung der TOP 4.1 – 4.3 in der Hauptausschusssitzung am 23. Februar 2011 fest, so dass noch vor der Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2011 ein Ergebnis vorliegen könnte.

Herr Exner verweist darauf, dass bereits eine weitergehende Einigung in der Lenkungsgruppe erreicht worden sei und bittet die Gruppe Die Andere, der Einladung in die Sitzung der Lenkungsgruppe auch zu folgen, da das in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen sei.

Frau Engel-Fürstberger macht darauf aufmerksam, dass der TOP 4.2 bereits erledigt sei – dem widerspricht Frau Heigl aus der Gruppe Die Andere. Frau Dr. Schröter merkt an, dass der Antragsinhalt nicht mehr umzusetzen sei, was Herr Klipp mit Verweis auf eine entsprechende Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung untersetzt. Die Mittel standen und stehen nicht mehr für eine anderweitige Verwendung zur Verfügung.

Daraufhin wird der Antrag „Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes“, DS 10/SVV/0861, **zurückgezogen**.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob eine erneute Beratung in der o. g. Hauptausschusssitzung nicht zu spät sei, bestätigt Frau Strotzer, dass die Vorbereitungen für den Bürgerhaushalt 2012 im Januar 2011 mit der ersten Sitzung der neu zu bildenden Lenkungsgruppe beginnen.

Für den TOP 4.4 - Neuauflage Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam, DS 10/SVV/0887, schlägt der Oberbürgermeister vor, diesen mit einem Votum ebenfalls in die Lenkungsgruppe zu überweisen. Er schlägt weiterhin vor, dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen und stellt diesen mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Zu Punkt 3.1. Beteiligungsgegenstand (S. 8)

Streichung des letzten Satzes.

„Zu den Beteiligungsgegenständen sollen auch Vorschläge zu Investitionen gehören.“

An dessen Stelle einfügen:

Zum Beteiligungsgegenstand gehören auch Investitionen, vorrangig Bauinvestitionen in Bezug auf kommunale Hochbauten und öffentliche Räume wie Straßen, (Fahrbahn, Radweg, Gehweg), Spielplätze, Sportanlagen und Grünflächen (einschließlich Seen).

Dazu wird beginnend mit dem Bürgerhaushalt 2012 der Bürgerschaft die Möglichkeit eingeräumt, über eine Liste an Investitionsvorschlägen der Verwaltung und der Bürgerschaft, für die Investitionsplanung in zweijährigem Abstand (also zunächst für Investitionen im Jahr 2014) zu votieren. Die von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Vorschläge dieser Liste werden auf diese Weise verbindlicher Bestandteil der mittelfristigen Investitionsplanung.

Zu Punkt 4. Zusammenfassung (S. 12)

Streichung des Satzes:

Es können Sonderthemen, wie zum Beispiel Bauinvestitionen, in einem bestimmten Rhythmus, z. B. alle zwei Jahre, als separater Beteiligungsgegenstand aufgenommen werden.

An dessen Stelle einfügen:

Es können Sonderthemen, wie im Fall der Bauinvestitionen, die zukünftig in zweijährigem Rhythmus beraten und votiert werden, als separater Beteiligungsgegenstand aufgenommen werden.“

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 4.2 Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes
Vorlage: 10/SVV/0861
Gruppe Die Andere
zurückgezogen

zu 4.3 Bürgerhaushalt weiterentwickeln

Vorlage: 10/SVV/0865

Fraktion SPD

Überwiesen in die Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt und Wiedervorlage in der Hauptausschusssitzung am 23. Februar 2011.

zu 4.4 Bürgerhaushalt Potsdam

Neuaufgabe Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam

Vorlage: 10/SVV/0887

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service

mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90

Überwiesen in die Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt mit Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Wiedervorlage in der Hauptausschusssitzung am 23. Februar 2011.

zu 4.5 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"

Vorlage: 10/SVV/0920

auch alle Ortsbeiräte

Hierzu schlägt der Oberbürgermeister vor, die **Liste der Bürgerinnen und Bürger** mit dem im Januar 2011 einzubringenden Entwurf der Haushaltssatzung zu beraten und die Behandlung in den Fachausschüssen und den Ortsbeiräten abzuwarten.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, was eigentlich passiere, wenn ein Ausschuss oder die StVV abweichend vom Votum der Verwaltung einen Vorschlag favorisiere und fordert, dass in diesem Fall die Verwaltung einen Finanzierungsvorschlag unterbreiten müsse.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass diese Vorschläge keine einseitige Zuweisung an die Verwaltung seien, sondern es hier eine gemeinsame Verantwortung gebe. Seine diesbezügliche Anmerkung, „gemeinsam sind wir stärker“, bittet Herr Dr. Scharfenberg in die Niederschrift aufzunehmen.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, wie die Vorschlagsbearbeitung in den vergangenen Jahren „gelaufen“ sei und eigene Finanzierungsvorschläge aus den Reihen der Stadtverordneten auf Grund des undurchsichtigen Haushaltes kaum möglich seien.

Nach Behandlung **in der Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt** wird der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 23. Februar 2011 die Liste beraten.

**zu 5 Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen
Vorlage: 10/SVV/1014**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Frau Dr. Magdowski bringt die Vorlage ein und betont, dass sich hier keine Ausgaben erhöht hätten, sondern Einnahmeausfälle zu verzeichnen seien, die letztlich für die Erhaltung der Liquidität stehen. Sie gehe davon aus, dass sich für das Hans-Otto-Theater in 2011 die Einnahmesituation deutlich verbessere. Diesbezügliche Gespräche seien geführt worden und es werde auch eine Verständigung geben, wie zukünftig mit Einnahmeausfällen umgegangen werden müsse. Eine entsprechende Vorlage lege die Verwaltung in 2011 dazu vor.

Der Hauptausschuss beschließt:

Überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen im Produkt 1111100 (Beteiligungsmanagement) im Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 200.000 € für die Hans Otto Theater GmbH im Haushaltsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 6.1 Berichterstattung zum Verkauf der Wohnblöcke in der Karl-Liebknecht-Straße OT Golm
Beschluss: DS 10/SVV/0424**

Die vorliegende Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Berichterstattung über die Zusammenlegung/Einschränkung von Parkraumzonen in der Innenstadt

Herr Klipp erinnert an seine Zusage an Frau Engel-Fürstberger, die Zusammenlegung der Parkzonen in der Innenstadt vorziehen zu wollen. Allerdings stecke wie bei vielen Dingen der „Teufel im Detail“. Die Prüfung der Zusammenlegung von Parkzonen in der Innenstadt erfolgte durch die

Stadtverwaltung in einem ersten Schritt im Zuge der Stellungnahmen zu den Anträgen 09/SVV/0869 und 09/SVV/0870.

Im Ergebnis konnte mitgeteilt werden, dass eine Neuorganisation der bestehenden Parkzonen hinsichtlich der Größe und der Parkregelungen durchaus sinnvoll erscheine. Ziel sei es, die Zahl der Bewirtschaftungszonen zu reduzieren, die Grenzen den verkehrlichen und städtebaulichen Gegebenheiten besser anzupassen und die Bewirtschaftungsformen zu vereinfachen.

Dafür seien neben Erhebungen zum aktuellen Wohnungs-, Einwohner- und Kfz-Bestand auch Erfassungen der Parkraumkapazitäten und deren Auslastung sowie allgemeine Einschätzungen, z. B. zur Gebietsgröße, Gebietsstruktur und Erschließung erforderlich. Diese Arbeiten erforderten einen hohen Zeitaufwand und seien im Rahmen des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes zu erledigen. Eine Definition der neuen Parkzonengrenzen und -regelungen könne erst im Ergebnis dieser vertiefenden Untersuchungen im Rahmen des Gesamtkonzeptes vorgenommen werden. Eine losgelöste Einzeluntersuchung für die Kerninnenstadt würde eine Änderung des Auftrags und einen erhöhten Abstimmungsbedarf bedeuten. Ein solches Vorgehen berge darüber hinaus die Gefahr, dass im Ergebnis der Gesamtbetrachtung die Festlegungen einer losgelösten Untersuchung wieder zurückgenommen werden müssten.

Deshalb schlage er vor, im Rahmen des Gesamtkonzeptes die Untersuchungen für die Kerninnenstadt und zu den Wechselwirkungen zum näheren Umfeld vorzuziehen und bereits vorzeitig zu diskutieren sowie die Umsetzung vorzubereiten. Damit könne die Umsetzung der innenstadtbezogenen Maßnahmen kurzfristig nach Bestätigung des Gesamtkonzeptes durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgen - eine Bestätigung durch die StVV bei wesentlichen Änderungen der Bewohnerparkregelungen sei ohnehin erforderlich. Danach sei eine Anpassung der Beschilderungen und die Ausstellung neuer Bewohnerparkausweise möglich.

Auf die Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger, welche Zeitschiene man sich vorstellen könne, wird die März-Sitzung der StVV für die Einbringung der Vorlage durch Herrn Klipp genannt.

zu 6.3 Bericht bezüglich der Standgebühren für Schausteller auf dem Areal Lustgarten

Der Oberbürgermeister informiert, dass ein Angebot dieser Tage rausgeschickt werde, von dem er glaube, eine Einigung damit erzielen zu können. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg bestätigt er, dass dieses Angebot selbstverständlich die besonderen Bedingungen der Schausteller berücksichtige.

zu 6.4 Informationen über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2009 (Wohnungsmarktbericht 2009)

Vorlage: 10/SVV/0844

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass die Landeshauptstadt eine „Menge“ Wohnberechtigungsscheine vergebe, sie aber letztlich nur knapp zur Hälfte mit Wohnungen „befriedigen“ können und fragt, wie die Stadt mit dieser Tatsache umgehe. Im Weiteren stehe das Stadtentwicklungskonzept (STEK) Wohnen mit dieser Berichterstattung in engem Zusammenhang, liege aber noch nicht vor. Er wolle wissen, wann damit zu rechnen sei.

Frau E. Müller betont, dass die Darstellung bezüglich der Wohnberechtigungsscheine eine rein statistische sei. Die Berechtigten würden nicht sofort die ihnen angebotenen Wohnungen nehmen, was aber so nicht darstellbar sei. Natürlich sei die Abnahme von entsprechend zur Verfügung gestellten Wohnraums ein Thema und hier greife auch das STEK Wohnen.

Herr Klipp informiert im Weiteren, dass an dem nächsten Bericht zum STEK Wohnen gearbeitet werde. Auf die Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg, dass dieser Bericht für den Dezember zugesagt worden sei und die Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Beschluss gefasst habe, entgegnet er, dass dies ein dynamischer Prozess und am 08.12.2010 der Monat Dezember noch nicht zu Ende sei. In der Sitzung der StVV am 26.01.2010 werde der Zwischenbericht vorliegen.

Herr Schubert macht in diesem Zusammenhang auf den in der Presse angekündigten Verkauf von Wohnungen in der Waldstadt II durch die Pro Potsdam aufmerksam, über den die Stadt informiert gewesen sein soll. Hier hätte die Verwaltung informieren müssen, so dass die Stadtverordneten nicht erst aus der Presse erfahren, dass damit die gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Altschuldenhilfegesetz erfüllt werden.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dies einem Beschluss des Aufsichtsrates entspreche und über den Verkauf per Mitteilungsvorlage in dem auch sonst üblichen Verfahren informiert werde.

Herr Dr. Scharfenberg merkt daraufhin kritisch an, dass man zu diesem Zeitpunkt nichts mehr daran „drehen“ könne. Es sei nicht geläufig gewesen, dass man hier an preisgünstigen Wohnraum herangehe, denn ein Argument des Landes bezüglich der Schaffung preisgünstigen Wohnraums sei ja gewesen, eben diesen nicht zu verkaufen. Und wenn die Städte das trotzdem tun, seien sie an fehlendem Wohnraum in diesem Preissegment selber schuld. Außerdem, so Herr Schubert, werde die Mitteilungsvorlage nur zur Kenntnis genommen und damit bleibe eine Einflussnahme ausgeschlossen. Er sehe eine besondere Schwierigkeit in dem komplexen Verkauf ganzer Wohnblöcke, da sich sonstige Verkäufe immer auf einzelne Ein- oder Mehrfamilienhäuser bezogen hätten. Ebenso wirbt Herr Schüler dafür, dieses umfangreiche Paket der Verkäufe sensibler zu behandeln. Da die Informationen bisher nur der Presse entnommen werden konnten, habe es zu wenig Sicherheit darüber gegeben, ob die Meldungen stimmen. Herr Dr. Scharfenberg schließt sich den Anmerkungen der Vorredner an und betont, dass es schon einen Anspruch gebe, im Hauptausschuss insbesondere über die Hintergründe zu informieren.

Der Oberbürgermeister sagt eine Information für die nächste Sitzung des Hauptausschusses im nicht öffentlichen Teil zu.

zu 6.5 Schiffbauergasse stärken/Schinkelhalle in die Ausschreibung integrieren - gem. DS 10/SVV/0724

Frau Engel-Fürstberger verweist auf die in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung dazu geführte Diskussion. Sie plädiert dafür, entsprechend des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den geplanten Verkauf der Schinkelhalle zu stoppen und die Bewirtschaftung der Schinkelhalle über das Marketing der Schiffbauergasse zu prüfen. Sie bittet auch zu prüfen, ob eine Ausschreibung einmal mit und einmal ohne Schinkelhalle möglich sei und empfiehlt, letztendlich den Weg zu gehen, der am vielversprechendsten ist. Dazu müsse geklärt werden, ob Fördermittel zurückgezahlt werden müssten oder nicht und Kontakt mit dem Fördermittelgeber aufgenommen werden.

Frau Dr. Magdowski verweist auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Kultur, in der dieses Thema ebenso diskutiert worden sei. Nach heute geführten Gesprächen sei deutlich geworden, dass noch Klärungsbedarf bestehe, da die im Kulturausschuss genannten Fristen nicht präzise und nun wohl doch kürzer als angegeben seien.

Frau Dr. Schröter zitiert die im Kulturausschuss verfasste Protokollnotiz, mit der die Bau- und Kulturverwaltung um eine Verständigung gebeten wurde, wie einerseits die Ausschreibung zur Betreibung der Schiffbauergasse und andererseits die Verkaufsausschreibung der Schinkelhalle passend gestaltet werden könne. Dies sei mit Blick auf die Sitzung der StVV am 01.12.2010 gemacht worden, um eine Entscheidung treffen zu können, was aber scheinbar nicht passiert sei.

Frau Dr. Magdowski betont nochmals, dass nach heutigen Gesprächen die Fristen nun kürzer seien als ursprünglich angenommen und im Kulturausschuss genannt. Damit sei es nicht möglich, die bessere Variante „auszuprobieren“. Aus diesem Grunde könne das Thema in der Hauptausschusssitzung auch nicht abschließend behandelt werden.

Im Ergebnis der Diskussion legt der Oberbürgermeister fest, dass für die Sitzung der StVV am 15.12.2010 eine verbindliche Information gegeben werde, ob zwei Gebote innerhalb einer Ausschreibung möglich seien oder nicht.

zu 6.6 Jahres-Verträge mit Kammerakademie, Nikolaisaal und Musikfestspiele 2010 - 2012 (gem. Beschluss 09/SVV/0887)

Herr Lehmann verweist eingangs auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, die Zuwendungsverträge für die Jahre 2010 - 2012 neu abzuschließen und dabei dafür Sorge zu tragen, dass eine strukturelle Unterfinanzierung vermieden werde. Diese Verträge habe es bereits in den Vorjahren gegeben, die unter keinem Haushaltsvorbehalt gestanden haben. Die jetzt angebotenen Verträge seien mit einem Haushaltsvorbehalt angeboten worden, was nach Meinung seiner Fraktion nicht gehe, weil die genannten Einrichtungen im Gegensatz zu den Vorjahren nun nicht mehr langfristig planen könnten.

Frau Dr. Magdowski betont, dass die Geschäftsführer der Einrichtungen eine

große Verantwortung tragen und letztlich für die Vertragsabschlüsse haften. Bei den hier genannten handele es sich um Einrichtungen, die sich in den letzten Jahren verantwortungsbewusst verhalten und viel Erfolg mit ihren Konzepten gehabt hätten. Der Haushaltsvorbehalt stelle ein Risiko für die Einrichtungen dar und aus Sicht des Kulturdezernates spreche nichts dagegen, Verträge ohne diesen abzuschließen, wofür sie auch die Verantwortung übernehmen werde.

Frau Dr. Schröter verweist im Weiteren auf ihre in der letzten StVV gestellte diesbezügliche Anfrage, die noch nicht beantwortet sei. Die Verträge sollten schon vor Monaten unterschrieben sein, zumal schon ein Jahr von den drei Jahren vergangen sei.

Herr Exner betont, dass eine Garantie für alle Seiten eine gute Option wäre, aber unter dem Aspekt einer sehr angespannten Haushaltslage fast unmöglich sei. Die am Wochenende stattfindende Haushaltsklausur werde sicher Klarheit bringen, ob überhaupt ein genehmigungsfähiger Haushalt aufgestellt werden könne. Sicher seien die im FAG enthaltenen Mehrzuweisungen für die Kultur sehr schön, andererseits gebe es aber ein Defizit bei den Schlüsselzuweisungen. Auf Grund der Gesamtsituation sei eine Zusage in der hier gewünschten Form derzeit nicht möglich.

Frau Dr. Schröter macht darauf aufmerksam, dass die Einrichtungen auch viel „leisten“, was nicht selbstverständlich sei, denn sie müssten dafür mit den vorhandenen Mitteln gut wirtschaften. Trotzdem blieben die erwirtschafteten Gewinne nicht im Unternehmen – deshalb sei es wichtig, die Verträge wie bisher auszureichen.

Der Oberbürgermeister sagt abschließend zu, dass nach der Haushaltsklausur am Wochenende eine Information in der StVV am 15.12.2010 erfolge, ob angesichts der haushaltsmäßigen Rahmenbedingungen dieses Modell fortgeschrieben werden könne oder nicht.

zu 7 **Sonstiges**

Wie bereits bei der Feststellung der Tagesordnung angekündigt bittet Herr Dr. Scharfenberg um eine Information zum **Vertrag „freiLand“**.

Frau Dr. Magdowski antwortet, dass der Vertrag bereits vorgelegen und es seitens „freiLand“ drei Änderungswünsche gegeben habe. Dies betreffe einmal, dass keine Verantwortung für Veranstalter übernommen werde, die sich auf dem Gelände befinden, was durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft wurde und so bleibe, wie im Vertragstext angeboten. Zum anderen wolle „freiLand“ einen Leistungsvertrag abschließen – hier werde die Stadt Potsdam die Zuschüsse auszahlen, aber ohne Leistungsvertrag. Und zum dritten betreffe das außerordentliche Kündigungsrecht, wenn die Evaluationskriterien nicht erfüllt seien. Hier gebe es einen Vorschlag, die Bewertung von der Entscheidung des Beirates abhängig zu machen. Morgen wolle sie sich mit dem Betreiber ins Benehmen setzen, um den Vertrag unterschriftsreif abzustimmen. Ist der Vertrag unterzeichnet, werde auch in diesem Jahr noch das Geld fließen.

Bezüglich der **Kaufhalle „Schilfhof“**, so Herr Klipp, könne er zu den Ausführungen von Herrn Nickel in der Hauptausschusssitzung am 10.11.2010, keine Neuigkeiten kundtun und keine neuen Termine nennen. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, was die Stadt „tue“ und wie es sich mit der Potsdamer Tafel verhalte, entgegnet der Oberbürgermeister, dass auch der Stadt die unbefriedigende Situation und die Schwierigkeit der Verhandlung bewusst seien. Frau Engel-Fürstberger gibt zu bedenken, dass die Pro Potsdam die Kostenrechnung und die Wirtschaftlichkeit prüfen wolle.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Beteiligten für die Hauptausschusssitzung am 19. Januar einzuladen und den Investor zu bitten, „etwas Schriftliches“ vorzubereiten.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die Haushaltsrechnung 2009 und der **Haushaltentwurf 2011** vorgelegt werden, beantwortet Herr Exner und avisiert die Sitzung der StVV am 26.01.2011.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg bezüglich der **Turnhalle Grundschule „Am Griebnitzsee“** beantwortet Herr Richter dahingehend, dass das Erzbistum angefragt worden sei, ob es für diese Variante technische Möglichkeiten gebe – die Antwort lautete „nein“.

Frau Dr. Magdowski informiert, dass sie einen gemeinsamen Termin anberaumen wolle, zu dem auch die Vertreter der Kirche herzlich eingeladen seien.

Auf die Nachfrage bezüglich der **zusätzlichen Kosten für den Landtagsneubau** entgegnet der Oberbürgermeister, dass der dafür vorgesehene Termin am 14.12.2010 heute abgesagt wurde. Die Ausführungen des Finanzministers bezüglich der Versäumnisse der Stadt werden derzeit geprüft und es werde eine ausführliche Stellungnahme geben. Er sehe allerdings keine Veranlassung, sich an den entstandenen Mehrkosten zu beteiligen – seitens der Stadt sei alles sorgfältig dokumentiert worden; die Verwaltung habe „sauber“ und „hochprofessionell“ gearbeitet. Wenn es bei alle Beteiligten so gewesen wäre, hätte es einige Konflikte nicht gegeben. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es für die Stadt zu hoffen sei, dass die Einschätzung des Oberbürgermeisters stimme.

Frau Dr. Schröter verweist auf den in der Presse angekündigten Kartenvorverkauf für die so genannten „Seefestspiele“ und fragt, ob es für dieses große Kulturprojekt Prüfungen gegeben habe, diese am Standort Schiffbauergasse durchzuführen.

Frau Dr. Magdowski entgegnet, dass die Veranstalter eigenes Geld in die Hand nehmen und Gewinne erwirtschaften. Damit könne ihnen die Stadt den Ort der Veranstaltung nicht vorschreiben. Aus Sicht der Verwaltung könne die Veranstaltung mit der erwarteten Besucherzahl in der Schiffbauergasse auch nicht gewährleistet werden. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Stadt das Vorhaben umfassend prüfe und diese Prüfung noch nicht abgeschlossen sei. Somit stehe die Veranstaltung unter dem Vorbehalt der Zustimmung und Genehmigung.

Die von Frau Dr. Müller gestellte Nachfrage zur zum Jahresende **auslaufenden Betriebserlaubnis für den Archiv e.V.** und der Äußerung der Verwaltung, dass eine Weitererteilung davon abhängig sei, dass die Baumaßnahmen beginnen, beantwortet Frau Dr. Magdowski. Sie betont, dass es um das Thema

Brandschutz gehe – was bekanntermaßen ein ernstes sei. Die Bauaufsicht habe eine befristete Genehmigung erteilt, wolle aber vor einer Verlängerung sehen, dass nun endlich mit den notwendigen Umbauarbeiten begonnen werde. In diesem Zusammenhang sei festgestellt worden, dass nicht alle notwendigen Unterlagen zusammengetragen worden seien. Herr Klipp ergänzt, dass es auch um das Thema Lärmschutz gehe und sich der Verein schwer tue, die Rolle des Bauherrn zu übernehmen. Die für die Bauarbeiten notwendige Stellungnahme des Landesumweltamtes erwarte er bis zum 20.12.2010, so dass bei einer nachfolgenden Stellungnahme der Bauaufsicht die Baugenehmigung erteilt werden könne.

zu 12 Genehmigung außer- und überplanmäßiger Aufwendungen / Auszahlungen für die Bewirtschaftung des Sportparks Luftschiffhafen 2010

Vorlage: 10/SVV/1022

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Frau Dr. Magdowski bringt die Vorlage ein und verweist auf den derzeit noch gültigen Geschäftsbesorgungsvertrag, der die Stadt verpflichte, entsprechende Kosten zu übernehmen, die höher ausgefallen seien als geplant. Im Weiteren erläutert sie die einzelnen Positionen der in Anlage 1 enthaltenen Kostenarten. Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, ob damit alle strittigen Punkte geklärt seien, entgegnet sie, dass sie dazu keine verbindliche Antwort geben könne. Im Luftschiffhafenbeirat gingen die Forderungen zumindest darüber hinaus. Ziel sei die zügige Vertragsunterzeichnung, die sie hoffe, bis März 2011 erledigt zu haben.

Herr Schüler betont, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde, da die Stadt nicht Eigentümerin der Immobilie sei. Außerdem fehle die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes über die Unabweisbarkeit, die eine Voraussetzung dafür sei. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass diese Stellungnahme versehentlich nicht beigefügt wurde, aber nachgereicht werden könne. Auf seine Nachfrage bestätigt Frau Rademacher, dass das Rechnungsprüfungsamt geprüft und dem Antrag zugestimmt habe.

Frau Dr. Schröter merkt an, dass hier keine geringe Summe zur Auszahlung anstehe und das, was hier geltend gemacht werde, ziemlich kompakt sei. Auf ihre Nachfrage, warum die Vertragsunterzeichnung so lange dauere, entgegnet Frau Dr. Magdowski, dass sich Verhandlungen mit dem Finanzamt hingezogen hätten. Frau Krusemark erläutert ergänzend, dass das Gelände aufgeteilt und nicht alle Grundstücke übertragen worden seien. Die aus der Vermietung dieser Grundstücke erzielten Entgelte seien umsatzsteuerpflichtig.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert an die in der nächsten Woche stattfindende Sitzung des Luftschiffhafenbeirates und bittet, neben Frau Dr. Magdowski auch Herrn Exner, an dieser teilzunehmen. Außerdem merkt er an, dass bezüglich des Luftschiffhafens ein entsprechender Vorlauf gegeben war und eine Einigung der Stadt mit einem städtischen Unternehmen möglich sein müsse. Schließlich sei es im Interesse aller, das alles schnell in geordnete Bahnen komme.

Der Oberbürgermeister sagt eine verwaltungsinterne Auswertung der Vorgänge zu sowie eine verbindliche Aussage in der Sitzung des Luftschiffhafenbeirates.

Der Hauptausschuss beschließt:

Den außer- und überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt 2010 in einer Höhe von insgesamt 298.590 € im Deckungskreis 2193 für die Bewirtschaftung des Sportparks Luftschiffhafen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	6